

Liebe Gäste des De-Growth-Kongresses,

Herr Lüdemann bat mich um ein paar Zeilen, da ich wegen eines Behördenganges, der terminlich gesetzt wurde, heute nun doch nicht an Ihrer Konferenz teilnehmen kann. Ich bitte hierfür um Verständnis.

Ich hätte gerne von Ihnen gelernt, bin ich doch keine Ökonomin und eigentlich Novizin im Thema Grundeinkommen. In einem Interview der schweizerischen Zeitung „BREF“ habe ich kürzlich gesagt, - ohne mich ausdrücklich für ein Grundeinkommen auszusprechen - , dass Arbeit am Gemeinwohl, also vor allem Soziale Arbeit, Bildungsarbeit, allgemein Arbeit am Menschen und vor allem kreative Arbeit (wie auch die Kunst) besser bezahlt werden müssen, denn nur kreative Arbeit führt letztlich zu Innovation.

In einem System, das zunehmend auf Ausbildung und nicht mehr auf Bildung ausgerichtet ist, in der kritisches Denken abgeschafft ist und auswendig lernen belohnt wird, muss es einen nicht wundern, wenn wir die Demokratie verlieren, und zwar überall in Europa, auch deswegen, weil vor allem Bürger im unteren Fünftel die politische Teilnahme mangels Bildens de facto verwehrt wird.

Ich kann das hier nicht ausführen, habe aber in meinem Buch in Kapitel 9 dazu ein paar Ausführungen gemacht und auch Belege angeführt. Soziologisch hinreichend erforscht und belegt ist inzwischen – und hier läge der Grund für ein Grundeinkommen – ist, dass sozialer Abstieg, Angst und vor allem Armut und flagrante Einkommensunterschiede sozialen Stress hervorruft. Der äußert sich wahlweise bei Schulabbrechern, im Hartz-IV-Milieu, durch Krankheiten, durch Drogen-Konsum und letztlich Gewaltbereitschaft. Eine Gesellschaft kann so langfristig nicht überleben, ohne *res publica*, ohne gemeinsame Sache, ohne öffentliche Sache. Vor allem, wenn man heute nach Frankreich und die Bewegung *La Nuit Debout* schaut, wird einem dies unmittelbar klar.

Wir haben über die Atomisierung der Gesellschaft und inszenierte „Ich-Diskurse“, so wie sie u.a. von Byung Chul Han und Robert Pfaller brillant analysiert wurden und die heute fast schon zum Erziehungskanon gehören und laut derer heute aufgrund eines formal verstandenen Freiheitsbegriffes jeder theoretisch und potentiell alles werden und machen kann, in der Realität aber meistens nur noch scheitern darf, wenn er nicht in das richtige Elternhaus geboren ist, die Republik verloren, jenen Begriff des *zoon politikon* von Aristoteles, dass wir nämlich nicht alleine auf der Welt sind und nicht alleine leben. Der Begriff der Chancengerechtigkeit, über den in den 70 Jahren noch trefflich gestritten wurde, ist fast gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Als jemand, der 1964 in ein - heute würde man sagen: bildungsfernes Elternhaus – geboren wurde, weiß ich, wovon ich spreche: ohne bildungsbewegte Lehrer und eine Gesellschaft der realen Aufstiegschancen (es galt Willy Brandt's „Marsch der Arbeiterkinder durch die Institutionen“) hätte ich nie Abitur gemacht, nie eine Uni gesehen.

Die Republik ist die Organisation des gemeinen Wohls und die Teilhabe aller, nicht die Privatisierung der Reichen, die den Staat nur noch als Steuerstaat erleben und ablehnen, um Jürgen Habermas zu bemühen. Die Republik hat zur Maßgabe, dass sich das Öffentliche um die Menschen kümmert, ihnen dient und von ihnen zu ihrer aller Wohle organisiert wird: von Honoré Daumier gibt es ein Gemälde von 1848, es heißt „Die Republik“ und zeigt eine Frau auf einem Thron, mit prallen Brüsten: sie nährt ihre Kinder, die Bürger.

Lange bevor wir jetzt vielleicht darüber nachdenken sollten, ob wir eine Europäische Republik als Utopie setzen, in den politischen Diskurs einbringen könnten, haben wir in Frankreich, in Deutschland, in Italien, in Polen, in Ungarn die Republik längst verloren. Wenigen mag aufgefallen sein, dass Viktor Orbán genau dies zum Ausdruck gebraucht hat, als er vor zwei Jahren die Republik aus dem Staatsnamen Ungarns gestrichen und aus der „Republik Ungarn“ einfach „Ungarn“ gemacht hat. Wo das Soziale, die *Res Publica*, der Kitt nicht mehr ist, muss das Nationale, das ethisch Konturierte als Kitt erhalten – und dieser Diskurs, der aber Augenwischerei ist – so wie etwa auch die AfD versucht, die Globalisierungsverlierer einzusammeln, indes aber das neo-liberalste aller Parteiprogramme hat - funktioniert zunehmend gut in Europa.

Darum habe ich in meinem Buch den Begriff der Republik gewählt, als den ältesten, umfassendsten und organischsten, den die politische Ideengeschichte bereit hält, wenn es darum geht, menschliches Zusammenleben zu organisieren. Vor allem aber um den Punkt zu machen, dass wir den Emanzipationsprozess, der uns bevor steht, nämlich als souveräne Bürger den Primat des Politischen zurück zu gewinnen, in Europa nur gemeinsam machen und nicht, in dem wir als Nationen gegeneinander antreten und uns als europäische Bürger gegeneinander ausspielen lassen, um Löhne und Gehälter, um Rechte oder um Sozialleistungen. Die EU inszeniert die Konkurrenz zwischen europäischen Bürgern, während sie Gleichheit für Marktakteure durch den Binnenmarkt bietet, das ist meine zentrale These. Gleichheit aber ist für Bürger da, und Märkte für Unternehmen. Die EU pervertiert mithin systemisch das Politische schlechthin.

Wenn Europa noch die Ambition hat, ein politisches Projekt zu begründen, das ist die Forderung, die ich in meinem Buch entwickle, dann muss dieses Projekt auf dem allgemeinen bürgerlichen Gleichheitsgrundsatz aller europäischen Bürger begründet werden: Gleichheit bei den Wahlen, vor dem Gesetz und bei Steuern. Diese Forderung in den öffentlichen Raum zu tragen und darauf ein neues europäisches Projekt im 21. Jahrhundert zu begründen, das ist das Diskussionsangebot des Buches. Herrn Lüdemann habe ich die Power Point Präsentation geschickt, die ich Ihnen heute vorgetragen hätte, vielleicht zeigt er Ihnen ein paar Charts, deren zentrale Aussage ist, dass politische, soziale und europäische Emanzipation zusammen gehören: im „nationalen Container“, wie Ulrich Beck sagte, werden wir die Republik, das gemeine Wohl, nicht mehr finden, sondern nur als europäische Bürger in einem neuen, anderen, sozialen und demokratischen Europa!

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen eine spannende Konferenz,
Ihre Ulrike Guérot